

Anno ... 34. Woche

1944, 22.-23. August: Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli werden im Rahmen der »Aktion Gitter« Tausende vormalige Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Stadtverordnete der KPD, SPD, der katholischen Zentrums- und der Bayerischen Volkspartei festgenommen und in lokalen Polizeigefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Ausgenommen sind lediglich Funktionäre, die später der NSDAP beigetreten sind. Da viele ehemalige KPD-Funktionäre nach 1933 ins Exil gegangen sind, ist die Zahl der verhafteten Kommunisten relativ gering. Die in ihren Grundzügen bereits vor dem Attentat geplante Verhaftungswelle, der auf Initiative von Gestapo-Chef Heinrich Müller auch zahlreiche ehemalige Partei- und Gewerkschaftssekretäre der SPD zum Opfer fallen, löst, wie viele NSDAP-Dienststellen berichten, große Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung aus. Die Fuldaer Bischofskonferenz (Vorläuferin der Deutschen Bischofskonferenz) protestiert und fordert eine Überprüfung der Festnahmen der katholischen Abgeordneten. Ab dem 30. August wird ein Großteil der nach Schätzungen von Historikern zirka 5.000 Verschleppten, unter ihnen vor allem kleine Funktionäre und ehemalige Gemeinderatsmitglieder, entlassen, viele von ihnen mit bleibenden gesundheitlichen Schäden.

1954, 24. August: Im Zuge der Jagd auf tatsächliche und vermeintliche Kommunisten unter dem US-Senator Joseph McCarthy wird in den Vereinigten Staaten der »Communist Control Act« erlassen. Mitglieder der Kommunistischen Partei werden unter Ausnahmerecht gestellt. Jede Art von öffentlichem Auftreten und jede Tätigkeit in öffentlichen Ämtern oder Dienststellen wird ihnen untersagt. Von der 1947 im Zeichen des Kalten Krieges begonnenen Verfolgung möglicher Sympathisanten der Sowjetunion sind bis zur Entmachtung McCarthys 1955 auch zahlreiche Wissenschaftler und Künstler betroffen.

1989, 25. August: Führende ungarische Politiker verständigen sich mit Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bei einem Geheimgespräch auf Schloss Gymnich in Nordrhein-Westfalen auf eine Öffnung der ungarischen Grenze. Ungarn erhält von der Bundesregierung im Gegenzug Kreditzusagen von insgesamt einer Milliarde DM. Am 10. September verkündet Ungarns Außenminister Gyula Horn die Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich.

<https://www.jungewelt.de/artikel/361005.anno-34-woche.html>